

SALZBURG 1933 BIS 1938 IN DEN BERICHTEN DER SICHERHEITSDIREKTION

Band 1: Gewitterwolken

Vom März 1933 bis Februar 1934

HERAUSGEGEBEN VON ROBERT KRIECHBAUMER





Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien
der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Herausgegeben von Robert Kriechbaumer · Franz Schausberger · Hubert Weinberger

Band 70,1



Robert Kriechbaumer

Die Dunkelheit des politischen Horizonts

Salzburg 1933 bis 1938 in den Berichten der Sicherheitsdirektion

Band 1: Gewitterwolken. Vom März 1933 bis Februar 1934

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR

ZukunftsFonds
der Republik Österreich



Veröffentlicht mit Unterstützung durch den Zukunftsfonds der Republik Österreich
und das Amt der Salzburger Landesregierung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2019 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien, Kölblgasse 8–10, A-1030 Wien
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung:
Nationalsozialistische Wahlwerbung 1932, die sich an die Bauern unter dem Titel
»Der Bauer und der Nationalsozialismus« richtet (Quelle: Salzburger Landtag)

Korrektur: Ute Wielandt, Baar-Ebenhausen
Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Michael Rauscher, Wien

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-205-23206-3

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	7
-------------------	---

TEIL I

HISTORISCHE ENTWICKLUNGSLINIEN – LANDESPOLITIK IM SPANNUNGSFELD VON INNEN- UND AUSSENPOLITIK

1. DIE SEHNSUCHT NACH NORMALITÄT UND DIE SCHATTEN DER KRISE. PARTEIENSYSTEM UND POLITISCHE KULTUR 1918 BIS 1934	15
1.1 Die Parteien	15
1.2 Die Wehrverbände	23
1.3 Der frühe Nationalsozialismus in Salzburg 1918 bis 1926	36
1.4 Die große Krise in einem kleinen Land: Die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen 1929 bis 1934	57
1.5 Die Weltwirtschaftskrise als Nährboden für das Erstarken des Nationalsozialismus 1931/32	66
2. ZEITENWENDE ODER DER KAMPF GEGEN DAS SYSTEM. DIE SALZBURGER NSDAP UND IHR AGIEREN IM LANDTAG 1932/33: DER MÄCHTIGE DEUTSCHE SCHATTEN	87
3. DER 4. MÄRZ 1933. DIE SOG. »SELBSTAUSSCHALTUNG« DES PARLAMENTES UND DIE FOLGEN	116
3.1 Die Landtage als Ersatz-Nationalrat	124
3.2 Schwebestand	128
3.3 Außerordentliche Zeiten, außerordentliche Maßnahmen	142
4. »KAMPF ... MIT RÜCKSICHTSLOSER HÄRTE«. DER TERROR DER ILLEGALEN NSDAP VON JUNI 1933 BIS FEBRUAR 1934	163
4.1 Direkte Gespräche?	176
5. DIE DEMOKRATEN AUF DEM RÜCKZUG. DIE AUTORITÄRE WENDE UND DIE NEBEL DES STÄNDESTAATES	191
6. DER 12. FEBRUAR 1934 ODER DIE UNGEWOLLTE KATASTROPHE	203

TAFELN 209

TEIL II
DIE BERICHTE

1. ALLGEMEINE POLITISCHE LAGE. DIE SICHERHEITSVERHÄLTNISSE 227

2. DIE PROPAGANDISTEN DES DRITTEN REICHES. DER KAMPF GEGEN DIE
(ILLEGALE) NSDAP 307

3. »... DEN KAMPF GEGEN DIE BÜRGERLICHE DIKTATUR FÜHREN.«.
DIE SOZIALDEMOKRATEN 368
3.1 Der Februar 1934 und die Folgen 387

4. DIE JÜNGER LENINS UND STALINS. DIE ILLEGALE KPÖ 399

5. »DER HEIMATSCHUTZ HAT IMMER DEN GEDANKEN VERTRETEN, DASS
DAS PARTEIENWESEN UNGESUND IST ...«. DIE HEIMWEHR 426

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS 441

ABBILDUNGSNACHWEIS 451

PERSONENREGISTER 452

Vorwort

Im Vorwort zu seinen Erinnerungen wies Stefan Zweig auf den Bruch der Generationenfolge in der Zwischenkriegszeit hin. Sein Großvater und Vater hatten ein Leben ohne Erschütterung und Gefahr geführt, nur kleine Spannungen prägten den Lebensrhythmus, still »trug sie die Welle der Zeit von der Wiege bis zum Grabe. Sie lebten im selben Land, in derselben Stadt und fast immer sogar im selben Haus; was außen in der Welt geschah, ereignete sich eigentlich nur in der Zeitung und pochte nicht an ihre Zimmertür. Irgendein Krieg geschah wohl irgendwo in ihren Tagen, ... er spielte sich weit an der Grenze ab, man hörte nicht die Kanonen, und nach einem halben Jahr war er erloschen, vergessen, ein dürres Blatt Geschichte, und es begann wieder das alte, dasselbe Leben. Wir aber lebten alles ohne Wiederkehr, nichts blieb vom Früheren, nichts kam zurück; uns war im Maximum mitzumachen vorbehalten, was sonst die Geschichte sparsam je auf ein einzelnes Land, auf ein einzelnes Jahrhundert verteilt. Die eine Generation hatte allenfalls eine Revolution mitgemacht, die andere einen Putsch, die dritte einen Krieg, die vierte eine Hungersnot, die fünfte einen Staatsbankrott – und manche gesegneten Länder, gesegneten Generationen sogar überhaupt nichts von dem allen. Wir aber, ... was haben wir *nicht* gesehen, *nicht* gelitten, *nicht* miterlebt? Wir haben den Katalog aller nur denkbaren Katastrophen durchgeackert von einem zum anderen Ende.« Doch die von Zweig erwähnte Katastrophe war keine generationenspezifische, sie erfasste alle. Die physische Desorientierung und materielle Deprivation sieht man von den Kriegsgewinnlern ab, war eine allgemeine. Ein Blick auf das Straßenbild genügte, um diesen Zustand des allgemeinen Elends deutlich vor Augen treten zu lassen. Stefan Zweig berichtet vom Salzburg der unmittelbaren Nachkriegszeit, dass »wohlgenährte Hunde oder Katzen ... nur selten von längeren Spaziergängen« zurückkamen. »Was an Stoffen angeboten wurde, war in Wahrheit präpariertes Papier, Ersatz eines Ersatzes; die Männer schlichen fast ausschließlich in alten, sogar russischen Uniformen herum, die sie aus einem Depot oder einem Krankenhaus geholt hatten und in denen schon mehrere Menschen gestorben waren; Hosen, aus alten Säcken gefertigt, waren nicht selten. Jeder Schritt durch die Straßen, wo die Auslagen wie ausgeraubt standen, der Mörtel wie Grind von den verfallenen Häusern herabkrümelte und die Menschen, sichtlich unterernährt, sich nur mühsam zur Arbeit schleppten, machte einem die Seele verstört. Besser stand es am flachen Lande mit der Ernährung; bei dem allgemeinen Niederbruch der Moral dachte kein Bauer daran, seine Butter, seine Eier, seine Milch zu den gesetzlich festgesetzten »Höchstpreisen« herzugeben. Er hielt, was er konnte, in seinen Speichern versteckt und wartete, bis Käufer mit besserem Angebot zu ihm ins Haus kamen. Bald entstand ein neuer Beruf, das so-

genannte »Hamstern«.« Die Bauern forderten auf Grund der sich beschleunigenden Geldentwertung »Sachwert für Sachwert. Ware für Ware; nachdem die Menschheit mit dem Schützengraben schon glücklich zur Höhlenzeit zurückgeschritten war, löste sie auch die tausendjährige Konvention des Geldes und kehrte zum primitiven Tauschwesen zurück.« In dieser sich beschleunigenden Spirale der Auflösung wurde das Überleben zur Meisterstrategie, die jeder und jede zu bewältigen hatte.

Mit der Genfer Sanierung, der Stabilisierung der Währung und der Einführung des Schillings endeten die Jahre der Apokalypse und begannen die »Goldenen« Zwanzigerjahre, die gar nicht so golden waren, aber den Anschein des Rückkehrers zur lebensweltlichen Normalität vermittelten. Die Forderung nach dem Anschluss verlor an Attraktivität, wenngleich das kollektive Selbstverständnis nach wie vor deutsch-österreichisch war, allerdings in variabler Intensität und verschiedenen Varianten der nach wie vor gepflegten Reichsmythologie, deren großdeutsche Interpretation sowohl einer katholisch-konservativen wie nationalen/nationalliberalen Erzählung offen blieb. Dennoch: die »deutsche« Aufgabe Österreichs wurde zum parteiübergreifenden Topos, dessen sich sowohl die Politik wie auch die Publizistik und Geschichtswissenschaft bediente. Hinter dem Paravent der bescheidenen ökonomischen Erholung und der damit verbundenen Rückkehr zur Normalität existierten jedoch die bedrohlichen Konfliktzonen: die ideologisch hoch aufgeladenen politischen Lager als säkulare Glaubensgemeinschaften, die das Gewaltmonopol des Staates ignorierende Existenz von Wehrverbänden, das Fehlen von allgemein anerkannten Symbolen und Festen und damit das weitgehende Fehlen einer kollektiven Staatsgesinnung und eines Staatspatriotismus. Die österreichische Identität war, sofern sie überhaupt vorhanden war, unsicher, auf Sand, der vom Wind der Geschichte umweht seine Form änderte, gebaut.

Die »kurzen« Zwanzigerjahre mit ihrer Illusion der Rückkehr zur Normalität endeten jedoch bereits mit den dramatischen Folgen der Weltwirtschaftskrise. Diese verschärfte nicht nur permanent die in Österreich ohnedies latente ökonomische Krise, sondern veränderte die politische Konstellation grundlegend. Die Antworten der traditionellen politischen Lager auf die Krise waren völlig unterschiedlich. Die austromarxistische Linke sah in ihr eine logische Konsequenz des im Absterben befindlichen Kapitalismus und erblickte in der – trotz aller Geburtswehen – zum sozialistischen Paradies verklärten Sowjetunion die sonnendurchflutete Antwort am dunklen Horizont der Krise der Gegenwart. Der Großteil der Rechten sah die Ursache der Krise in der Klassenkampffideologie der Sozialdemokratie, die durch ihre Obstruktionspolitik das parlamentarische System ad absurdum führte und staatspolitisch verantwortliches Handeln beinahe unmöglich machte. Die parlamentarische Demokratie verlor als Verfassungsgrundsatz an Zuspruch, eine breite Palette alternativer politisch-staatsrechtlicher Angebote – von korporativen ständestaatlichen Lösungen bis hin zum Faschismus – gewann an Attraktivität. Die Krise ermöglichte

erst den Aufstieg der NSDAP als einer das politische System und die existierende politische Kultur prinzipiell negierenden politischen Bewegung, die vom Siegeszug der deutschen Mutterpartei in Deutschland erheblich profitierte.

Das Jahrzehnt zwischen 1923/24 und 1933, Hitlers Machtergreifung, sei, so Zweig, »eine verhältnismäßig ruhige Zeit« gewesen, ehe mit Adolf Hitler der personifizierte Sonnenuntergang aus der spezifischen Münchner politischen Szene, die sich allmählich über Deutschland ausbreitete, die weltpolitische Bühne betrat. Sein (Sommer-)Domizil war der Obersalzberg vor den Toren der Stadt Salzburg, wo Max Reinhardt, Hugo von Hofmannsthal und Richard Strauss die Festspiele ins Leben gerufen hatten, die dieser kaum 40.000 Einwohner zählenden Stadt im Sommer das Flair eines künstlerischen Kristallisationspunktes verliehen. Mit den Festspielen einher ging eine Renaissance der Reichsmythologie und der Habsburgermonarchie als übernationale europäische Gebilde, die sich der verengenden nationalen kleindeutschen Lösung als Verbindung der europäischen Kulturräume, des deutschen, romanischen und slawischen, entzogen. Die Habsburgermonarchie war in dieser Sicht der Erbe des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und nach deren Untergang sei das Erbe auf das kleine Österreich übergegangen, das seine europäische Aufgabe der kulturellen Völkerverbindung an einer Stätte des Katholizismus, in Salzburg, erfülle. Die Festspielidee Reinhardts und Hofmannsthals war, trotz ihrer deutschen Grundierung, von Anfang an der ideologische Gegenentwurf zum Nationalsozialismus. Aus diesem unversöhnlichen Gegensatz, der sich durch die Internationalisierung der Festspiele ab 1934/35 noch verschärfte, resultierte die Konfrontation und wurde Salzburg zum ideologisch hoch aufgeladenen Kampfplatz der Ideologien.

Stadt und Land Salzburg hatten sich als Fremdenverkehrsland etabliert. Der Tourismus, durch den aufkommenden Wintersport in zunehmendem Ausmaß ein die saisonale Sommerverengung sprengender Wirtschaftszweig, wurde zu einer *der* ökonomischen Lebensadern, die auch die Gebirgsgaue mit den wichtigen Devisen durchfluteten. Dieser für das agrarisch strukturierte Land mit seinen wenigen industriellen Inseln und seinem schwach ausgeprägten Handel und Gewerbe ständig an Bedeutung gewinnende Wirtschaftszweig wurde, ebenso wie das Festspielpublikum, von deutschen Gästen dominiert. Die von Hitler nach dessen Machtergreifung vor allem auch mit Hilfe der österreichischen NSDAP gestartete Offensive zum Anschluss Österreichs bediente sich daher der breiten Palette der Möglichkeiten, die auch den ökonomischen Druck miteinschloss. Die mit der 1.000-Mark-Sperre ausgelöste Krisenstimmung in einer ökonomisch ohnedies äußerst schwierigen Zeit war vor allem in den vom Tourismus stark abhängigen Bundesländern wie Salzburg und Tirol besonders ausgeprägt. Salzburg wurde auf Grund seiner geografischen Lage und der vor allem auch ökonomischen Bedeutung der Festspiele zum Kampfboden der nunmehr einsetzenden Konfrontation zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Regierung Dollfuß, die seit der Parlamentskrise des 4. März 1933 zunehmend

autoritären Alternativen zum demokratisch-parlamentarischen System zuneigte und sich in ihrem Bemühen um die Bewahrung der Unabhängigkeit Österreichs nach Bundesgenossen umsah. Es war nicht die a priori getroffene Entscheidung, sondern die internationale Konstellation, die Dollfuß den sog. »italienischen Weg« einschlagen ließ, da nur Mussolini im Kampf des David gegen Goliath tatkräftige, d. h. auch militärische, Hilfe versprach. In dieser Entwicklung bildete Salzburg trotz der in deutlichem Gegensatz zur Bundesebene die politische Kultur des Landes noch bestimmenden Konsensdemokratie keine Insel der Seligen. Stadt und Land wurden zum bevorzugten Kampfplatz der nunmehr an Härte zunehmenden Konfrontation einer aggressiven nationalsozialistischen Anschlusspolitik in Berlin und München, einer immer selbstbewusster und aggressiver auftretenden österreichischen NSDAP und der Regierung Dollfuß. Lassen wir nochmals Stefan Zweig zu Wort kommen, der über seine Rückkehr nach Österreich nach einem England-Aufenthalt Anfang 1934 schrieb: »Ich brauchte nicht mehr als zwei oder drei Tage in Österreich, um zu sehen, wie sich die Situation in diesen wenigen Monaten verschlimmert hatte. Aus der stillen und sicheren Atmosphäre Englands in dies von Fiebern und Kämpfen geschüttelte Österreich zu kommen, war, wie wenn man an einem heißen New Yorker Julitag aus einem luftgekühlten, einem air-conditioned Raum plötzlich auf die glühende Straße tritt. Die nationalsozialistische Pression begann den klerikalen und bürgerlichen Kreisen allmählich die Nerven zu zerstören; immer härter fühlten sie die wirtschaftlichen Daumenschrauben, den subversiven Druck des ungeduldigen Deutschlands.«

Die Regierung Dollfuß nahm diese Herausforderung an, erklärte die Durchführung der Salzburger Festspiele 1933 und 1934 zur nationalen Angelegenheit, propagierte die »Österreich-Ideologie« als ideologisches Gegengift zum großdeutschen Anschlussgedanken, förderte die von katholischen Salzburger Kreisen bereits länger geplante Errichtung einer Katholischen Universität als geistigen Hort wider die nationalsozialistische Barbarei und bemühte sich als Kompensation für den weitgehenden Entfall der deutschen Touristen und Festspielgäste erfolgreich um die Internationalisierung der Festspiele, die ab 1935 mit Arturo Toscanini den gewünschten künstlerischen Magneten erhalten sollten. Stefan Zweig bemerkte über diese nunmehr internationalen Festspiele: »Mit einem Mal wurden die Salzburger Festspiele eine Weltattraktion, gleichsam die neuzeitlichen olympischen Spiele der Kunst, bei denen alle Nationen wetteiferten, ihre besten Leistungen zur Schau zu stellen. Niemand wollte mehr diese außerordentlichen Darstellungen missen. Könige und Fürsten, amerikanische Millionäre und Filmdivas, die Musikfreunde, die Künstler, die Dichter und Snobs gaben sich in den letzten Jahren in Salzburg Rendezvous; nie war in Europa eine ähnliche Konzentration der schauspielerischen und musikalischen Vollendung gelungen wie in dieser kleinen Stadt des kleinen und lange missachteten Österreich. Salzburg blühte auf.«

Jenseits des künstlerischen Wertes und des einzigartigen Flairs der Festspiele an sich waren die Ereignisse in Salzburg zwischen 1933 und 1938 von der Gleichzeitigkeit internationaler Beziehungen bzw. Spannungen, der innen- und außenpolitischen Entwicklung Österreichs und landespolitischen Spezifika geprägt. In dieser komplexen Gemengelage von Beeinflussungen und Abhängigkeiten lassen sich drei Phasen definieren:

1. Vom 4. März 1933 (»Selbstausschaltung« des Parlaments) bis zum 12. Februar 1934 (Bürgerkrieg);
2. vom Bürgerkrieg bis zum Juliabkommen 1936 und
3. vom Juliabkommen 1936 bis zum Anschluss im März 1938.

Diesen drei Phasen folgt auch die Edition der Berichte der Sicherheitsdirektion Salzburg. Sicherheitsdirektionen wurden angesichts des zunehmenden nationalsozialistischen Terrors von der Regierung Dollfuß 1933 eingerichtet, unterstanden direkt dem Bundeskanzleramt und hatten die Aufgabe, nicht nur über die Lage im jeweiligen Bundesland zu berichten, sondern auch entsprechende sicherheitspolitische Maßnahmen zu veranlassen und zu koordinieren. Die neue Institution stieß im Falle Salzburgs keineswegs auf die begeisterte Zustimmung von Landeshauptmann Franz Rehrl, der sich jedoch aus Parteidisziplin schließlich fügte.

Die Berichte der Sicherheitsdirektion Salzburg wurden bisher noch nie durchgesehen, weil sie sich nicht im Bestand des Landesarchivs befinden, sondern in verstreuten Beständen des Bundeskanzleramtes, die im Archiv der Republik lagern (OESTA, AdR, BKA-Inneres, Sign. 22 Salzburg). Der Verfasser ist in diesem Zusammenhang Dr. Rudolf Jeřábek und Mag. Stefan Semotan zu besonderem Dank verpflichtet, die wichtige Hinweise gaben und die Kopie der Berichte, die sich nunmehr im Archiv des Institutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek in Salzburg befinden, ermöglichten. Mag. Ulrike Feistmantl im Salzburger Landesarchiv und Magdalena Granigg im Salzburger Haus für Stadtgeschichte haben wertvolle Hilfe bei der Fotorecherche geleistet. Mein Dank gilt auch Dr. Aisa Henseke, die sich mit großer Umsicht der Korrektur des Manuskriptes annahm.

Robert Kriechbaumer
Herbst 2018

TEIL I
HISTORISCHE ENTWICKLUNGSLINIEN –
LANDESPOLITIK IM SPANNUNGSFELD VON
INNEN- UND AUSSENPOLITIK

1. Die Sehnsucht nach Normalität und die Schatten der Krise

PARTEIENSYSTEM UND POLITISCHE KULTUR 1918 BIS 1934

I. I DIE PARTEIEN

Im Salzburg der Ersten Republik dominierte, im Gegensatz zur Bundesebene, wie Ernst Hanisch am Beispiel der Demokratiemodelle von Arend Lijphart¹ feststellte, das Konsensmodell.² In einer versäulten Gesellschaft³ erforderte dies eine Kompromissbereitschaft der Partieliten, die jedoch die an der Basis, vor allem bei den Parteiaktivisten und Parteimitgliedern, vorhandenen Gegensätze und dominanten Feindbilder nicht zu eliminieren vermochte. Wenngleich in der Formierungsphase der Ersten Republik verschiedene Versuche erfolgten, alle nicht-sozialdemokratischen Parteien in einem Bürgerblock zu vereinen, so scheiterten diese 1922 mit der Übernahme der Funktion des Landeshauptmannes durch Franz Rehrl, der eine damit verbundene deutliche ideologische Rechtsverschiebung der Christlichsozialen Partei und die Folgen für das politische Klima im Land ablehnte.⁴ Rehrl erwies sich, bei aller Durchsetzungskraft, als *der* Konsenspolitiker im Salzburg der Ersten Republik. Unterstützung fand er bei der 1921 verabschiedeten Landesverfassung, die das Proporzmodell – die Teilnahme aller drei politischen Lager an der Herrschaftsausübung (Landesregierung) – als strukturelles Merkmal festgeschrieben hatte.⁵ Im Landtag hielt er sich weitgehend von persönlichen und parteipolitischen Auseinan-

¹ Arend Lijphart: *Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration.* – New York 1977.

² Ernst Hanisch: Salzburg. – In: Erika Weinzierl, Kurt Skalknik (Hg.): *Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik.* 2 Bde. – Graz/Wien/Köln 1983. Bd. 2. S. 903–937; Ders.: *Die Erste Republik.* – In: Heinz Dopsch, Hans Spatzenegger (Hg.): *Geschichte Salzburgs. Stadt und Land.* Band II/2. 2. Aufl. – Salzburg 1995. S. 1057–1120.

³ Rudolf Steininger: *Polarisierung und Integration. Eine vergleichende Untersuchung der strukturellen Versäulung der Gesellschaft in den Niederlanden und in Österreich.* – Meisenheim am Glan 1975.

⁴ Wolfgang Huber (Hg.): *Franz Rehrl. Landeshauptmann von Salzburg 1922–1938.* – Salzburg 1975.

⁵ Gerd Lehbruch: *Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich im Vergleich.* – Tübingen 1967. In Konkordanzdemokratien wird das Prinzip der Mehrheitsentscheidung weitgehend durch jenes der im Westfälischen Frieden genannten »amicabilis compositio« ersetzt. »Solches »gütliche Einvernehmen« als Konfliktregelungsmuster erfährt seine institutionelle Sicherung in der Regel so, dass die wichtigsten Gruppen in der Exekutive vertreten sind und durch umfangreiche Ämterpatronage ihren Einfluss auf die politischen Entscheidungen sicherstellen.« (S. 7.)

dersetzungen fern, vermied Polemiken und betätigte sich vielfach kalmierend, wenn die Wogen der Erregung zu hochgingen.

Politische und ökonomische Stabilität war die parteienübergreifende Maxime des politischen Handelns. Während die Bundespolitik zwischen 1918 und 1938 12 Bundeskanzler und 29 Regierungen aufwies, reduzierte sich diese Zahlen in Salzburg auf drei Landeshauptleute (Alois Winkler, Oskar Mayer, Franz Rehrl) und sieben Landesregierungen. Personelle Kontinuität und damit auch Stabilität wurde an den beiden führenden Repräsentanten des politischen Systems deutlich: Franz Rehrl übte zwischen 1922 und 1938 die Funktion des Landeshauptmannes aus, der Sozialdemokrat Robert Preußler zwischen 1919 und 1934 jene des Landeshauptmann-Stellvertreters. Bis 1932 erfolgte die Wahl der Mitglieder der Landesregierung stets einstimmig, die meisten Beschlüsse der Landesregierung fielen einstimmig und Rehrl verstand es geschickt, durch – auch außerparlamentarische – Kontakte zur Sozialdemokratie diese für seine ambitionierten Großprojekte zu gewinnen. Vor allem bei jenen Projekten, die der Ankurbelung der Wirtschaft und dem Kampf gegen die vor allem in Folge der Wirtschaftskrise rasch steigende Arbeitslosigkeit dienten, konnte er auf die Unterstützung der Sozialdemokratie rechnen.

Die kollektiven politischen Akteure repräsentierten die für das österreichische politische System und dessen politische Kultur charakteristischen, sich bereits in der Monarchie formierenden politischen Lager, d.h. Weltanschauungsparteien mit einem ideologisch fundierten, Totalität beanspruchenden Gestaltungswillen der ganzen Gesellschaft.⁶ Die jeweiligen Lager formten durch ihr umfassendes organisatorisches Angebot von der Wiege bis zur Bahre Milieus und Lebenswelten, fragmentierten die Gesellschaft anhand klar erkennbarer kultureller Verhaltensweisen und Chiffren. Die Lager schufen klare Fronten, stereotype Feindbilder und Ängste.⁷ Auf die Salzburger Parteien trafen diese Charakteristika zu, wenngleich im Vergleich zur Bundesebene in geringerer Ausprägung.

Die Landtagswahlen 1919 bis 1932 weisen zwar durchgängig die Christlichsoziale Partei als deutlich stärkste Partei aus, gefolgt von den Sozialdemokraten und dem zersplitterten deutschnationalen Lager, doch zeigten sie 1932 angesichts der wirksam werdenden Weltwirtschaftskrise und des Aufstieges der NSDAP eine weitgehende Auflösung der Wählerschaft der deutschnationalen Parteien und eine beginnende Erosion jener der Christlichsozialen und Sozialdemokraten.

6 Zum Begriff der politischen Lager vgl. Adam Wandruszka: Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. – In: Heinrich Benedikt (Hg.): Geschichte der Republik Österreich. – Wien 1977. S. 289–485.

7 Ernst Hanisch: Demokratieverständnis, parlamentarische Haltung und nationale Frage bei den österreichischen Christlichsozialen. – In: Anna M. Drabek, Richard G. Plaschka, Helmut Rumpler (Hg.): Das Parteienwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit. – Wien 1990. S. 73–86. S. 78 f.

Ergebnisse der Landtagswahlen im Bundesland Salzburg 1919 bis 1932:⁸

	Stimmen	Prozent	Mandate
6. April 1919			
CSP	36.863	45,35	19
SDAP	24.107	29,66	12
Deutschfreiheitliche ¹	17.320	21,31	8
Pinzgauer Wirtschaftspartei	2.955	3,68	1
9. April 1922			
CSP ²	54.895	56,66	16
SDAP	33.082	34,12	10
Großdeutsche	8.899	9,19	2
3. April 1927			
CSP	54.661	48,02	13
SDAP	36.506	32,07	9
Großdeutsche und Nationalsozialisten	13.140	11,54	3
Landbund	8.004	7,03	1
Wirtschaftsständebund	1.521	1,34	0
24. April 1932			
CSP	44.013	37,94	12
SDAP	29.810	25,69	8
Großdeutsche	2.050	1,77	0
Kommunisten	3.127	2,70	0
NSDAP	24.125	20,79	6
Unabhängige, Bauernbund, Ständevertretung	7.361	6,34	0
Heimatschutz	553	4,77	0

1 Gekoppelte Liste, setzte sich zusammen aus:

Freiheitlicher Bauernbund,
 Freiheitliche Bürger-, Bauern und Arbeiterpartei
 Demokratische Ständevertretung
 Deutsche Arbeiterpartei
 Deutscher Bauernbund
 Freiheitliche Volkspartei
 Deutsche Volkspartei
 Unabhängige Wirtschaftspartei
 Deutscher Volksverein

2 Christlich-Nationale Wahlgemeinschaft: Christlichsoziale, Landbund, Nationalsozialisten.

⁸ Daten & Fakten. Bundesland Salzburg. – Salzburg 2004. S. 155. (Schriftenreihe des Landespressebüros. Salzburg Informationen Nr. 134. Hg. v. Roland Floimair.)

Die Christlichsoziale Partei erhob den Anspruch der Volkspartei und entsprach durch den 1918 erfolgten Zusammenschluss des Katholischen Bauernbundes, des Christlichsozialen Vereines, der Katholischen Arbeiterorganisation und der Christlichen Frauenbewegung tendenziell diesem Parteitypus.⁹ Die Partei stützte sich vor allem auf den Katholischen Bauernbund und die Frauenbewegung und, in deutlich geringerem Ausmaß, auf das gering ausgeprägte katholische bürgerliche Milieu sowie die christliche Arbeiterbewegung. Ihr relativ geringer Anteil an der industriellen Arbeiterschaft hatte u. a. seine Ursache in der äußerst schwierigen Lage in den von der sozialdemokratisch organisierten Industriearbeiterschaft dominierten Industrieorten, die zu zahlreichen – auch durchaus begründeten – Klagen christlichsozial eingestellter Arbeiter über den »Roten Terror« führten. Beim Begriff der Arbeiterschaft muss jedoch deutlich zwischen Industriearbeiterschaft und der übrigen Arbeiterschaft (Landarbeiter, Handwerker, Arbeiter in Klein- und Mittelbetrieben) unterschieden werden. Generell stand die Arbeiterschaft außerhalb Wiens keineswegs unter dem dominierenden Einfluss der Sozialdemokratie, sondern jenem nicht-sozialistischer Ideologien. Wenngleich die Sozialdemokratie in den industriellen Zentren der Bundesländer einen hohen Organisationsgrad erreichte, so votierte die Mehrheit der Arbeiterschaft in den Bundesländern nicht für die Sozialdemokratie. So votierten 1927 außerhalb Wiens 48 Prozent der Arbeiter für bürgerliche Parteien und nur 41 Prozent für die Sozialdemokratie.¹⁰

Ihrem zweiten Anspruch als Massenpartei vermochte sie jedoch nicht zu entsprechen, da sie nur über einen kleinen Parteiapparat und keine eigene Parteiorganisation verfügte, weshalb sie eher dem Typus der Wählerpartei entsprach. Die organisatorische Schwäche kompensierte sie durch die Unterstützung durch die dichte Organisationsstruktur der Katholischen Kirche, deren Pfarrkanzleien oftmals die vor Ort nicht vorhandene Parteiorganisation ersetzten. Das Parteileben fand in der weit verzweigten katholischen Vereinsstruktur und in den Teilorganisationen, vor allem des Bauernbundes, statt. Als Partei des Politischen Katholizismus fand sie bis in die frühen Dreißigerjahre im Klerus eine intellektuelle Stütze. So war Alois Winkler der erste christlichsoziale Landeshauptmann in der Republik, Michael Neureiter viele Jahre Landeshauptmann-Stellvertreter, Daniel Etter Landesrat und Mitglied der Parteileitung, leiteten Leonhard Steinwender und Michael Schusterbauer die Parteipresse (»Salzburger Chronik« und »Salzburger Volksbote«). Die zentrale Stellung

⁹ Zur Struktur der Christlichsozialen Partei Salzburgs vor 1918 vgl. Rupert Klieber: Politischer Katholizismus in der Provinz. Salzburgs Christlichsoziale in der Parteienlandschaft Alt-Österreichs. – Wien/Salzburg 1994.

¹⁰ Dirk Hänisch: Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils. – Wien/Köln/Weimar 1998. S. 363. (Böhlau zeitgeschichtliche Bibliothek. Herausgegeben von Helmut Konrad. Band 35.)

des Klerus wurde bei der Zusammensetzung der ersten Parteileitung 1918 deutlich sichtbar: Vier Priester saßen neben vier Bauern, zwei Frauen, je einem Beamten, Rechtsanwalt, Gewerbetreibenden und Arbeiter.¹¹ In den Zwanzigerjahren bemühte sich vor allem Franz Rehrl erfolgreich um den verstärkten Zuzug aus dem Cartellverband (CV), dessen Mitglieder zunehmend in führende Positionen in der Landesverwaltung einrückten. Organisatorisch stützte sich die Partei vor allem auf den Bauernbund, der zu Beginn der Zwanzigerjahre rund 10.000 Mitglieder zählte, und die doppelt so starke Frauenbewegung, der die Partei zu einem erheblichen Teil ihre Mehrheit verdankte, ohne jedoch die Frauen entsprechend in der Parteileitung oder im Landtagsklub zu berücksichtigen.

Im Unterschied zu den Christlichsozialen verfügten die Sozialdemokraten über einen gut funktionierenden Parteiapparat und eine straffe Organisationsstruktur.¹² Ebenso wie die Christlichsozialen definierten sie sich als Weltanschauungspartei, sahen sich jedoch nicht als Volks-, sondern als Klassen- und Interessenpartei, die zwischen 1919 und 1932 über rund 11.000 bis 17.000 Mitglieder verfügte. Die Zahl der Parteimitglieder stieg nach dem Krieg massiv an und erreichte 1922 mit 16.840 ihren absoluten Höhepunkt, pendelte sich allerdings in den folgenden Jahren zwischen 12.000 und 13.000 ein und sank 1932 auf rund 11.000.

Die kulturellen Bemühungen der Sozialdemokraten zielten auf die Festigung des Milieus und seiner spezifischen Lebenswelten und Werthaltungen. Der proletarische Gegenentwurf zur bürgerlichen Vereinskultur manifestierte sich in einer breit gefächerten Vereinsstruktur, von den Arbeitergesangsvereinen über die Arbeitersportvereine, die Kinderfreunde, Arbeiterbibliotheken usw. bis hin zur direkten Kampfansage an das katholische Milieu durch die Freidenker oder die die Feuerbestattung propagierende »Flamme«. Hinzu trat die spezifische Festkultur mit ihren politischen Hochämtern wie dem 1. Mai oder dem 12. November.

Die Salzburger Sozialdemokratie führte in einem überwiegend agrarisch dominierten Land ein Inseldasein und vermochte auch mentale Vorbehalte bei Beamten und Gewerbetreibenden nicht zu überwinden. Ihre Domäne waren die industriellen Ballungsräume wie die Stadt Salzburg, die Gemeinden Itzling, Gnigl, Maxglan, Hallein, Bischofshofen, Schwarzach, Mühlbach, Bad Gastein, Lend und Saalfelden. Die Parteiführung gehörte auf Grund der von ihr praktizierten Konsensdemokratie zum rechten Flügel der Sozialdemokratie und vertrat wegen der deutschböhmischen Herkunft ihrer bestimmenden Persönlichkeiten – Robert Preußler, Josef Witternigg,

11 Ernst Hanisch: Die Christlich-soziale Partei für das Bundesland Salzburg 1918–1934. – In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 124/1984. S. 477–496. S. 481.

12 Zur Geschichte der Salzburger Sozialdemokratie in der Ersten Republik vgl. Josef Kaut: Der steinige Weg. Geschichte der sozialistischen Bewegung im Lande Salzburg. 2. Aufl. – Salzburg 1982. S. 84 ff.

Karl Emminger, Heinrich Leukert – einen ausgeprägten Deutschnationalismus.¹³ Die Partei war keineswegs gewillt, die von der Wiener Parteiführung wiederholt eingeforderte stärkere Konfliktbereitschaft im Landtag zu praktizieren. Sie stellte sich bis zum Februar 1934 auf den Boden der Sachpolitik und des politischen Kompromisses und hatte in dieser Haltung in Landeshauptmann Franz Rehr einen Verbündeten, der allerdings ab 1933 immer stärkerem Druck ausgesetzt war.

Das deutschnationale Lager, bereits in der Monarchie arg zersplittert,¹⁴ vermochte auch in der Ersten Republik keine geschlossene Parteistruktur aufzubauen. Charakteristisch für das heterogene Lager war der bereits in der Monarchie erfolgte Sieg des mit deutlichen antisemitischen Tönen versehenen Deutschnationalismus über den Liberalismus. War der Liberalismus die Ideologie des Besitzbürgertums, so der Deutschnationalismus jene des Beamtentums, der jungen städtischen Intelligenz sowie der Handels- und Gewerbetreibenden. Vor allem ökonomische Gründe – die Defizite der wirtschaftlichen Existenzsicherung bei der jungen städtischen Intelligenz, die auf Grund des Wahlrechts geringe Repräsentanz der Handels- und Gewerbetreibenden in den politischen Gremien – bildeten die Ursache dieser Entwicklung.¹⁵ Die vom Kurien- und Zensuswahlrecht gesicherte Dominanz des Handels- und Industriebürgertums bereitete auch den Boden für den entstehenden Antisemitismus vor allem des Kleinbürgertums, wobei der Antisemitismus vor allem ökonomisch argumentiert wurde. Die im Zuge der Industrialisierung und Modernisierung entstehenden Probleme der Handels- und Gewerbetreibenden wurden den mit dem rücksichtslosen und ausbeuterischen Kapitalismus konnotierten Juden zugeschrieben. Die zunächst das Klein- und Mittelbürgertum erfassende antisemitische Infiltration vereinnahmte schließlich auch Teile des Großbürgertums. »Der Antisemitismus blieb als Bodensatz des bürgerlichen Lebens in Politik, Vereinskultur und organisierter Geselligkeit. Antisemitismus und Deutschnationalismus wurden zum kleinsten gemeinsamen Nenner einer sonst zunehmend nach sozialen und weltanschaulichen Kriterien – in Klein-, Mittel- und Großbürgertum, in Deutschnationale und Katholisch Konservative – aufgefächerten bürgerlichen Gesellschaft. Von der einst im Liberalismus beschworenen bürgerlichen Einheit blieb nur noch die gemeinsame Gegnerschaft zum nationalen und religiös-rassisch umschriebenen Feind, später zusätzlich zu den Sozialdemokraten. So gesehen hat der Antisemitismus vielfach zur

13 Ernst Hanisch: Die sozialdemokratische Fraktion im Salzburger Landtag 1918–1934. – In: Gerhard Botz, Hans Hautmann, Helmut Konrad, Josef Weidenholzer (Hg.): *Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte*. – Wien/München/Zürich 1978. S. 247–268. S. 256f.

14 Lothar Höbelt: *Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreihheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918*. – Wien/München 1993.

15 Hanns Haas: Vom Liberalismus zum Deutschnationalismus. – In: Dopsch, Spatzenegger (Hg.): *Geschichte Salzburgs*. Band II/2. S. 833–900.

Konstruktion einer Ideellen Einheit des Bürgertums beigetragen, was wesentlich seine Tiefenwirkung erklärt.«¹⁶

Unter dem Dach eines antisemitischen und antiklerikalen Deutschnationalismus herrschte allerdings keineswegs Einigkeit, im Gegenteil. Die Zersplitterung des Lagers ließ in der jungen Republik die völlige politische Marginalisierung befürchten, wenn nicht angesichts der bevorstehenden Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar und der Landtagswahl am 6. April 1919 ein Zusammenschluss erfolgte. Die schließlich am 2. Dezember 1918 erfolgte Gründung der »Demokratischen Ständevereinigung«, ein Zusammenschluss von sechs Parteien,¹⁷ vermochte jedoch auf Grund ihrer inhomogenen Mitgliederparteien die Funktion einer Dachorganisation nicht zu erfüllen. Bereits im Dezember 1918 verließen zwei Parteien – die Deutsche Arbeiterpartei und der Freiheitliche Salzburger Bauernbund – die Demokratische Ständevereinigung, um sich allerdings zwei Wochen vor der Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung, der Not des gewünschten Wahlerfolges folgend, mit dieser wiederum in Form einer Listenkoppelung zusammenzuschließen. Die Wahlergebnisse des Jahres 1919 ließen die Verteilung der Wählerschaft des deutschnationalen Lagers deutlich hervortreten. Die Demokratische Ständevereinigung hatte das überwältigende Gros ihrer Wählerschaft in der Landeshauptstadt, in der auch die Deutsche Arbeiterpartei ihren Schwerpunkt hatte, während der Freiheitliche Bauernbund vor allem im Flachgau und Lungau über erhebliche Unterstützung verfügte.

Das lose Parteienbündnis und die Methode der Listenkoppelung zum Zweck des politischen Überlebens drängten nach einer Lösung, die auf Bundesebene fiel. Bei einer Tagung aller deutschnationalen/freiheitlichen Parteien lehnten die Vertreter der freiheitlichen Bauernbünde und der Nationalsozialisten (Dr. Walter Riehl) die intendierte Schaffung einer Einheitspartei ab und plädierten stattdessen für eine Einheitsfront der nationalen Parteien. Damit waren die Bestrebungen zur Schaffung einer Einheitspartei an den unterschiedlichen Interessen, vor allem auch an dem Misstrauen der Bauern gegenüber dem städtischen Bürgertum, von dem es sich nicht vereinnahmen und instrumentalisieren lassen wollte, gescheitert. Die Folge war die Gründung der »Großdeutschen Volkspartei« als bürgerliche Standespartei und der »Deutschösterreichischen Bauernpartei« (später »Landbund«) sowie der eigene Weg der Nationalsozialisten.¹⁸

16 Hanns Haas, Monika Koller: Jüdisches Gemeinschaftsleben in Salzburg. Von der Neuansiedlung bis zum Ersten Weltkrieg. – In: Marko M. Feingold (Hg.): Ein ewiges Dennoch. 125 Jahre Juden in Salzburg. – Wien/Köln/Weimar 1993. S. 31–52. S. 39.

17 Die Demokratische Ständevereinigung war der Zusammenschluss von Bürgerklub, Wirtschaftsclub, Deutschfreiheitlichem Volksbund, Vereinigung der Mittelstandsinteressen, Deutsche (nationalsozialistische) Arbeiterpartei und Freiheitlicher Salzburger Bauernbund.

18 Richard Voithofer: Drum schließt Euch frisch an Deutschland an ... Die Großdeutsche Volkspartei in

Die Großdeutsche Volkspartei verfügte zwischen 1920 und 1930 über 2000 bis 2800 Mitglieder mit einem deutlichen Schwerpunkt in der Landeshauptstadt, in der sie 1927 über 1540 Mitglieder verfügte, nachdem sie 1921 lediglich 825 Mitglieder aufgewiesen hatte. Die frühen Dreißigerjahre brachten jedoch durch die einsetzende Abwanderung zu den Nationalsozialisten einen massiven Absturz. Landesweit sank die Mitgliederzahl auf 1400, in der Stadt Salzburg auf 700. Die Konzentration der Partei auf die Landeshauptstadt wird aus dem Umstand deutlich, dass 1927 80 Prozent der wahlberechtigten Salzburger auf dem Land und nur 20 Prozent in der Stadt Salzburg lebten, während 57 Prozent der Mitglieder der Großdeutschen Volkspartei in der Stadt Salzburg lebten. Die Mitgliederstruktur in der Landeshauptstadt wies 1921 eine deutliche Dominanz von Handel und Gewerbe mit 50 Prozent auf, gefolgt von den Beamten mit 13,6 Prozent, den Freien Berufen mit 11,1 Prozent und den Angestellten mit 7,7 Prozent. Die Lehrerschaft stellte lediglich 3,3 Prozent der Parteimitglieder. Im Unterschied zur Bundespartei war die Salzburger Landespartei keine überwiegende Beamten- und Lehrerpartei.¹⁹ In der Bürokratie verfügten die Großdeutschen in Salzburg nur über geringes Gewicht, besetzten jedoch zahlreiche Schlüsselpositionen in der Magistratsverwaltung, den Schulen, der Presse und dem weit verzweigten und einflussreichen Vereinswesen, wodurch ihr Einfluss deutlich stärker war, als es auf Grund der überschaubaren Mitgliederzahl anzunehmen wäre.

Organisatorisch und strukturell wies die Partei erhebliche Defizite auf. Dies äußerte sich durch den häufigen Wechsel an der Parteispitze. In der Ersten Republik hatte die Partei vier Obmänner: Karl Krieger, Heinrich Clessin, Rudolf Palfinger und Rudolf Edelmayer. Durch die historischen Überhänge der Honoratiorenpartei der Habsburgermonarchie war sie durch eine weitgehende Passivität und Untätigkeit außerhalb der Wahlzeiten charakterisiert, sicherlich auch bedingt durch das weitgehende Fehlen einer schlagkräftigen Parteiorganisation und einer eigenen Presse. Obwohl sowohl der Besitzer wie auch der Chefredakteur der »Salzburger Volkszeitung« – Hans Glaser und Thomas Mayrhofer – Mitglieder der Partei waren, war das Verhältnis zwischen der einflussreichen Tageszeitung und der Großdeutschen Volkspartei zahlreichen Spannungen ausgesetzt.

Hatte die Großdeutsche Volkspartei ihre Hochburg in der Stadt Salzburg, so der »Freiheitliche Salzburger Bauernbund« (»Landbund«) im Flachgau. Der durchaus selbstbewusst auftretende Landbund war die Partei der größeren Bauern, die oftmals auch als Wirte, Brauerei- oder Sägewerksbesitzer, Fuhrunternehmer oder Viehhändler vielfach die »Dorfaristokratie« bildeten, die auf ihren Status bedacht waren und einen politischen Zusammenschluss mit den als dünnköpfig empfundenen städtischen

Salzburg 1920–1936. – Wien/Köln/Weimar 2000, S. 55 ff. (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg Band 9.)

19 Voithofer: Drum schließt Euch frisch an Deutschland an ... S. 380 ff.

Großdeutschen ablehnten. Sie vertraten »den Herrn-im-Haus-Standpunkt«²⁰ selbstbewusst nach außen und konnten bei Wahlen zwischen 7000 und 8000 Stimmen mobilisieren. Eine aus ökonomischen Gründen naheliegende Zusammenarbeit mit dem Katholischen Bauernbund der Christlichsozialen scheiterte an dem vom Landbund abgelehnten Politischen Katholizismus, vor allem der Repräsentanz von Priestern in politischen Funktionen.

Die bereits vor der Weltwirtschaftskrise einsetzende Agrarkrise führte zu einem teilweise dramatischen Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte mit erheblichen Auswirkungen auf die politische Haltung der Bauern, die sich in beträchtlichen Teilen zunehmend radikalisierten. Vor allem die jüngere Generation der Landbündler wechselte in den frühen Dreißigerjahren in einem für die Elterngeneration beunruhigendem Ausmaß zu den Nationalsozialisten.

1.2 DIE WEHRVERBÄNDE

Das für die Politische Kultur der Zwischenkriegszeit charakteristische Konsensmodell ist für die ersten Jahre der Republik nur eingeschränkt zutreffend. Wenngleich die Monarchie gegen Kriegsende bei einem Großteil der bisher dynastietreuen Bauernschaft und dem Bürgertum zunehmend an Kredit verloren hatte und die Ausrufung der Republik keineswegs auf rigide Ablehnung stieß, so traf dies auf die ökonomischen und vor allem politischen Begleitumstände der Geburt der Republik keineswegs zu. Zu sehr waren diese von den internationalen Rahmenbedingungen – Oktoberrevolution in Russland, Versuche der Etablierung einer Rätediktatur in Deutschland, kurzfristige Rätediktaturen in München und Budapest, kommunistische Putschversuche in Wien, Handelsschranken der Nachfolgestaaten und damit Zusammenbruch des bisherigen Wirtschaftsraumes mit erheblichen Folgen für Österreich usw. – negativ beeinflusst, zu sehr herrschte vor allem bei der nicht-proletarischen Bevölkerung der Bundesländer die Angst vor einem Übergreifen bolschewistischer Methoden auf die eigene Region. Das Rote Wien wurde nicht nur zum viel gescholtenen Wasserkopf, dessen darbende Bevölkerung man nicht auch noch ernähren wollte, sondern vor allem der Inbegriff der drohenden österreichischen Variante der bolschewistischen Revolution. Vor allem die entstandenen Soldatenräte, die auch in der neu aufgestellten Volkswehr über erheblichen Einfluss verfügten, wurden zum Inbegriff einer linksradikalen undisziplinierten Soldateska, einer von der Sozialdemokratie kontrollierten Partei- und möglichen Putscharmee. Friedrich Funder schrieb in seinen Erinnerungen: »Das dunkle Gefolge eines verlorenen Krieges war über das Land hereingebrochen und machte sich breit. Wochenlang

²⁰ Hanisch: Salzburg. S. 917.

fehlte eine ausreichende Ordnungsmacht. Die neuformierte sogenannte Volkswehr, als Wehrmacht der Republik gedacht, war eine Sammlung von Soldaten der verschiedensten Herkunft und Vergangenheit, vorwiegend von Leuten aus der Etappe, disziplinlosen, ihrer Truppe entlaufenen, zum geringsten Teil frontgedienten Leuten, eine Soldateska, die für ihre hemmungslosen Zwecke von den Waffen Gebrauch zu machen verstand, die man ihr in die Hand gegeben hatte. Illegitime Patrouillen und Kommissionen durchzogen die Stadt und brandschatzten unbehelligt irgendwelche Privatwohnungen nach Lebensmitteln oder sonstigen netten Sachen. Noch zu rechter Zeit war die kaiserliche Familie nach Eckartsau übersiedelt, dem einsamen Jagdschloss am Rande der Lobau, wo es allerdings an vielem mangelte. In der Hofburg und in Schönbrunn siedelten sich nach und nach sogenannte Bewachungen an, die an berüchtigte Erscheinungen der Etappe erinnerten, eine Rotte Korah, die zwischen Gobelins und kostbaren Stilmöbeln tafelte und pokulierte. Während Wien hungerte und an drei Tagen der Woche auf Hafergrütze gesetzt war, verschlemmten die zu Hunderten angesammelten uniformierten Wachen, was an Trinkbarem aus den Kellern und den Lebensmittelzuweisungen an das Dienstpersonal der Hofgebäude erreichbar war. Wenn einmal Rechtsordnung schutzlos wird, wandelt sich alles mit unheimlicher Blitzesschnelle. (...) Im Mittleren Konzerthausaal tagte kurz nach der Ausrufung der Republik eine ›Vereinigung geistiger Arbeiter‹ – sie lebte nicht lange –, die nach Pressemeldungen mit ›brausendem Beifall‹ einem Rudolf Goldscheid zustimmte, als dieser seine Rede mit dem Satz bekrönte: ›Mit den Kronen müssen auch die Altäre fallen.‹

War das die Demokratie, welche die radikalsozialistische Presse dem Volke zugeacht hatte? Der Absturz in einen gesetzlosen Bolschewismus war an manchen Tagen nahe.«²¹ Für Leopold Kunschak war die Volkswehr »ein zusammengewürfelter Haufen von politischen Abenteurern und sonstigen fragwürdigen Gestalten, unter denen die anständigen Elemente des Offiziers- und Mannschaftsstandes völlig untergingen. Meist außerhalb der Kasernen wohnend, führten die einzelnen ein sehr freies, von Disziplin nicht beengtes Leben, das sich auch auf das Leben und die Verhältnisse in den Kasernen übertrug. Das große Wort in dieser ›Volkswehr‹ führten die Soldatenräte, das Kommandorecht der Offiziere stand lediglich auf dem Papier. (...)»

Diese ›Volkswehr‹ begnügte sich aber nicht damit, ihre geringfügigen Dienstobliegenheiten mehr schlecht als recht zu erfüllen, sie griff auch, und das gar nicht selten, in die politischen Kämpfe ein; sie fühlte und betätigte sich als politischer Faktor.«²²

Nach der Ausrufung der Räterepublik in Ungarn im März 1919 verstärkten sich die kommunistischen Tendenzen in der Volkswehr. Abgesandte der ungarischen Ro-

²¹ Friedrich Funder: Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik. – Wien 1952. S. 597 f.

²² Ebd.

ten Armee sprachen in Wien. Der Vorsitzende des Vollzugsausschusses der Wiener Soldatenräte, Hauptmann Josef Frey, reiste im April nach Budapest, um festzustellen, ob Ungarn in der Lage sei, Österreich im selben Ausmaß die benötigten Lebensmittel zu liefern wie die Entente. Durch den Abmarsch von 1.300 kommunistischen Freiwilligen nach Ungarn und die negative Antwort aus Budapest bezüglich der Lebensmittellieferungen ging der kommunistische Einfluss allmählich zurück.²³ Dennoch blieb die kommunistische Gefahr zunächst noch virulent. Im Sommer 1920 veröffentlichte der II. Weltkongress der Komintern die »Leitsätze über die Kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus«, in denen grundsätzlich die »Unversöhnlichkeit von Rätediktatur und Demokratie« festgestellt wurde. Das Parlament diene nur als Bühne des politischen Kampfes gegen die Demokratie, man müsse es ausnützen, um den Parlamentarismus zu beseitigen.²⁴

Hatte 1918/19 die durchaus berechtigte Furcht vor Plünderungen durch zurückflutende Soldaten und Kriegsgefangene zur Errichtung von Einwohnerwehren (Feldwehren) geführt, so trat 1920 ein anderes Motiv in den Vordergrund: die Angst vor einem Übergreifen der von der verbalradikalen austromarxistischen Sozialdemokratie in den Augen vieler offensichtlich gestützten revolutionären Bewegungen auf die Bundesländer – vor allem auch durch Volkswereinheiten. Die internationale Lage schien dieser Angst ständig neue Nahrung zu geben. Mitte März 1920 kam es zu einem kommunistischen Aufstand der »Roten Armee« im Ruhrgebiet, der erst Anfang April durch die Reichswehr beendet werden konnte, am 16. Oktober spaltete sich die USPD auf ihrem Parteitag in Halle.²⁵ Die Mehrheit der Partei schloss sich der Kommunistischen Internationale an und vereinigte sich im Dezember mit der KPD, während sich die Minderheit für die parlamentarische Demokratie aussprach. Im Russischen Bürgerkrieg setzte sich die Rote Armee 1920 durch und eröffnete im März ihren Krieg gegen Polen mit dem Ziel, der bolschewistischen Revolution in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen.²⁶ Die Angst vor einer Revolution wurde zur vorherrschenden Stimmung im nicht-sozialdemokratischen Teil der Bevölkerung. Der Salzburger Lujo Tončić-Sorinj bemerkte in seinen Erinnerungen, die Heimwehr-Bewegung sei »auch aus dem Widerstand gegen den sich formenden militanten Sozialismus« entstanden. »Ein ganz wesentlicher Faktor für die Zugehörigkeit zu einer Bewegung wie der Heimwehr war aber auch ein anderer

23 Francis L. Carsten: Mitteleuropa 1918–1919. – Köln 1973, S. 82 f.

24 Hans Hautmann: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924. – Wien/Zürich 1987. S. 627 f; vgl. dazu auch Rolf Reventlow: Zwischen Alliierten und Bolschewiken. Arbeiterräte in Österreich 1918 bis 1923. – Wien/Frankfurt am Main/Zürich 1969.

25 Hartfried Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. – Frankfurt am Main/Köln 1975. S. 201 ff.

26 Bogdan Musial: Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen. – Berlin 2008. S. 23 ff.